

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsanstalt
Tageblatt Riesa,
Friedrichstr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptpostamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Dresden 1530,
Zirkelnummer:
Riesa Nr. 52.

Nr. 197.

Montag, 25. August 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reflamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Riesneranten oder der Verlegeranstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung aber auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 58. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigentel: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Der Befehl auf die Zukunft.

Die Ausführungen des Reichsfinanzministers vor der Berliner Presse sind inzwischen bekannt. Er warnt vor übertriebenem Optimismus. Wird diese Warnung aber Gehör finden? Das Ausland hat größeres Vertrauen zu unserer Wirtschaftslage, als wir selbst, sagte er. Das ist erfreulich. Man soll auch nicht immer grau in grau malen. Aber wenn man in der nun einmal auch von antidepressiven Maßnahmen „konjunkturellen Depression“ lebt und sie alltäglich auf Schritt und Tritt verspürt, kann man sich logischer Weise zu einem freien und reinen Glauben an Wirtschaftsworte nicht aufschwingen. Dietrich gab Zahlen, er sagte, auch die Erhöhung der Zahl der Arbeitslosen sei bei der Berechnung für die Zukunft bereits berücksichtigt. Leider weiß man nun aber, daß die Zahl der Arbeitslosen immer zu gering geschätzt worden ist und bezeichnender Weise deshalb wieder einmal auch für den Winter zu niedrig angenommen worden ist. Schon die niedrige Zahl erfordert einen Mehraufwand von 300—400 Millionen. Und da sie sich durch Erhöhungen der Beiträge nicht aufbringen lassen, muß das Reich in die Kassen greifen, wenn auch noch so viel daran geduldet wird, die Reichsverschuldung auf eigene Füße zu stellen. Das Reichsministerium sieht anders aus, wenn man die Zahlen des Ministers in Zweifel zieht. Und die hier Zweifel ist berechtigt. Noch immer herrscht in parlamentarischen Kreisen die Auffassung, man werde schwierige finanzielle Fragen zu erledigen haben, und in jeder Partei findet man die Überzeugung, erste Aufgabe des Reichstags werde es sein, nach neuen Einnahmequellen Umschau zu halten. Dr. Dietrich aber verrät uns, der neue Reichstag werde keine überflüssigen Beschlüsse zu fassen brauchen und weitere Steuererhöhungen lämen nicht in Frage. Noch immer denkt der Minister an erhebliche Einsparungen. Sie könnten hinreichen, um den Etat zu balancieren, wenn die Arbeitslosigkeit nicht immer mehr verschlänge. Aber es bleibt die Frage, ob diese Einsparungen tatsächlich vom Reichstag auch bewilligt werden. Sie haben nämlich ein einseitiges Gesicht, und deshalb wird schon aus agitatorischen Gründen gegen sie Sturm gelaufen. Was der Minister zu sparen gedenkt, muß wahrscheinlich wieder eingestrichen werden. Die 100 Millionen, die zunächst an den Ausgaben gestrichen werden, betreffen den Wehretat nur mit 15 Millionen, während die Sozialabgaben um etwa 50 Millionen gekürzt werden sollen. Abgesehen von der geringeren Reichsbeteiligung an der Arbeitslosenversicherung. Nach den neuen Feststellungen sollen 10 Millionen von den Reichszuschüssen für die Wochenhilfe abgestrichen werden, die schon um 17 Millionen niedriger als im Vorjahre im Etat zu Buche steht, es sollen 12,5 Millionen Entschädigung an die Reichspost für die Ausschaltung der Sozialrenten und den Verkauf von Marken weniger gegeben werden, 5 Millionen weniger der Rentenversicherung zuzufallen, 14 Millionen bei den Kapitalabgaben der Kriegsschädigten der Streichung unterliegen und etwa 1 Million an der Kinderbeschäftigung aus dem früher besteuerten Gebiet eripart werden. Niemand wird glauben, daß diese Streichungen reibungslos vor sich gehen können. Sie werden große parlamentarische Aktionen verursachen, und es ist gar nicht gesagt, daß allein die Sozialdemokraten es sind, die sich gegen diese Streichungen zur Wehr setzen. Das Zentrum hat diese sozialen Ausgaben immer verteidigt, die Staatspartei hat in ihrer neuen Rundgebung sich für die Beibehaltung der sozialen Aufgaben ausgesprochen. Es sind die Nationalsozialisten, die eine starke soziale Ader verraten, und so ist von vornherein schon eine Mehrheit gegen diese Einsparungen vorhanden. Selbst es nicht, sie durchzuführen, so steht die Finanzpolitik schon an einem Scheidewege und fordert große parlamentarische Maßnahmen, die durchaus nicht in dem Sinne liegen können, wie es Dr. Dietrich sieht, das heißt die zwar soziale Arbeit, aber doch eine Umverteilung verlangen, denn das Defizit ruft nach Abhilfe. Und das Defizit bleibt, es muß bleiben, wenn man berücksichtigt, daß der Etat stark abgenommen ist und seine Verfallszeit aufweist. Es gab eine Zeit, da immer wieder Optimismus geübt wurde. Die Prediger des Optimismus haben freilich inzwischen — sie sind verstorben! — selbst eingesehen, daß sich die Verhältnisse durch eine schonige Zukunftsbildung nicht bessern lassen. Deshalb wird auch Dr. Dietrich wenig Erfolg haben, wenn er jetzt gegen den Optimismus eine Altade rettet. Wir verleben die trostlosen Verhältnisse zu hart und persönlich und können uns, wenn wir die Dinge ohne Schönfärberei sehen, nicht denken, daß nun alles anders sein soll. Aber selbst wenn man Vertrauen zu Deutschland und seiner inneren Kraft hat — wer hätte das nicht? — wird man besser tun, mit großer Vorsicht zu disponieren. Wir wissen, einmal werden wir die „konjunkturelle Depression“ überwinden, wir sind davon überzeugt, daß Deutschland auf viel innere Kraft besitzt, um sich über die größten Schwierigkeiten hinweg zu setzen. Aber der Weg zur Besserung ist weit. Falls es ist, diesen Weg kurz zu beschreiben, wie es eben geschieht.

Aber man wird Bedenke verlangen, weshalb Medmal das Wort eines Ministers nicht gelten solle. Es hängt so zu sehr von der Lage ab, daß es sich nicht erörtern wir uns an folgende Vorgänge: Dillering versprach, die Finanzen in Ordnung zu bringen und ließ uns wissen, daß schon in diesem Etatsjahre an Steuerentlastungen gegangen werden könne, da die Youngabgaben uns im Vergleich zu den Darlehensabgaben entlasten. Rodenbauer ließ sich dazu bewegen, ein Finanzprogramm auszuarbeiten, das für das nächste Jahr starke Steuerentlastungen in Aussicht nahm, wenn nur in diesem Jahre ein Ausgleich

Der Wahlauftritt der Deutschen Volkspartei.

Dr. Schulz über die Sammlungsbestrebungen.

11 Berlin. Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei trat gestern im Reichstag zusammen, um den Wahlauftritt der Deutschen Volkspartei zu beschließen. Der Parteiführer, Reichsminister a. D. Dr. Schulz, gab einen eingehenden Überblick über die von ihm geführten Sammlungsbestrebungen, für die vor allem die Frage bedeutsam sei, worum es eigentlich in diesem Wahlkampf gehe. Die Grundlage der Weimarer Verfassung sei die Privatwirtschaft. Deshalb sei es die Deutsche Volkspartei, die auf dem Boden der Weimarer Verfassung arbeite, nicht aber die Sozialdemokratie. Die Sammlung des Bürgertums dürfe nicht einseitig nach links oder rechts optieren; die Deutsche Volkspartei müsse ihren Kern bilden. Bisher schon sei eine Zukunftshoffnung für die bürgerliche Sammlung in Form des gemeinsamen Aufrufs vorhanden. Im kommenden Reichstag müsse sich dieser Gedanke der Sammlung durchsetzen, sonst fände man am Grabe des deutschen Bürgertums, der deutschen Intelligenz und der deutschen Privatwirtschaft. Eine Einigung mit der Staatspartei auf der von mir gewünschten Basis würde jede Verhandlung mit den Parteien rechts von und ausgeschlossen haben und hätte in unsere eigenen Reihen härteste Zerrissenheit gebracht. Weil es Aufgabe der Deutschen Volkspartei sei, die Verteilungsarbeit des Bürgertums auf breiterer Grundlage zu leisten, werde sie den Wahlkampf nicht gegen die anderen verantwortungsbewußten staatsbürgerlichen Parteien führen dürfen. Die Spitze dieses Wahlkampfes solle sich gegen die radikalen und haarsträubenden Elemente auf der äußersten Linken und Rechten, aber auch gegen die sozialistischen Sozialdemokratie eine feste Front des Bürgertums. Stresemann habe Deutschland die Freiheit seines Gesamtterritoriums wiedergegeben und damit die Möglichkeit zur Zusammenfassung der gesamten Staatskräfte geschaffen. Der Redner betonte, daß mit dem Youngplan Deutschlands außenpolitische Aufgaben erst begannen und schließlich die Mission der Deutschen Volkspartei auch als Kulturpartei. Mit Hindenburg für den Staat, das sei der Grundgedanke der Deutschen Volkspartei auch im Wahlkampf.

Der Wahlauftritt.

11 Berlin. In dem vom Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei in seiner gestrigen Sitzung einstimmig beschlossenen Wahlauftritt heißt es:

Der Sinn der Wahl ist, für die bürgerliche Regierung eine Mehrheit zu schaffen, mit der sie ihre Aufgabe lösen kann. Die Deutsche Volkspartei hat den Versuch unternommen, die zerstückelten bürgerlichen Parteien zu sammeln, um in geschlossener Front dies Ziel zu erreichen. Noch ist der Versuch nicht gelungen, unser Wille zum Zu-

ber Finanzen durch neue Steuern erfolge. Der Reichstag legte sich dahin fest, daß im nächsten Jahre eine Gebührensener Staatswirtschaft vorliegt und 500—700 Millionen den Steuerzahlern geschenkt werden sollten. Nichts von alledem hat sich erfüllt. Und wer hat seinerzeit die Versprechen angezweifelt? Dillering ging, weil er einseh, daß er Umwälzliches vor hatte. Rodenbauer zerbrach an seiner Aufgabe, Dietrich wird eines Tages einsehen, daß die Verhältnisse härter sind als der menschliche Wille. Angesichts unserer Entwicklung läßt sich eben nicht ein Befehl auf die Zukunft stellen. Er ist unklar und, wie oben gesagt, hat noch kein Finanzminister das einsehen können, was er versprach. Sicherlich spricht die schlechte Konjunktur mit, die weniger Steuern einkommen läßt und die sozialen Kosten erhöht, aber darüber muß irgendwo ein Redenfehler vorliegen, sonst können sich nicht so gewaltigen Menschen, wie die Finanzminister, immer wieder täuschen. Man hat aus den Parteien immer wieder auf diese Wahrscheinlichkeit hingewiesen, aber wohl nicht mit genug Nachdruck eine Durchprüfung des Finanzrechnungsbüros verlangt. Der Optimismus der Finanzminister setzte sich immer wieder durch, und diesmal steht er wieder vor der Wahl und dem neuen Reichstag.

Die konservativen Reichstagskandidaten in Sachsen.

Der Landesverband der konservativen Volkspartei Sachsen stellt für die bevorstehende Reichstagswahl eine Landesliste für alle drei Wahlkreise gemeinsam auf. Die Liste enthält 26 Namen, von denen an der Spitze stehen: 1. Dr. jur. Walter Rademacher, Bergwerksdirektor, Borna bei Leipzig; 2. Georg Hartmann, Verbandsleiter der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner, Dresden-N.; 3. Dr. phil. Peter Langenbort, Bibliothekar, Leipzig; 4. Johanna Gebmann, Buchhalterin, Dresden; 5. Bernhard Wäcker, Kaufmannsgehilfe, Chemnitz; 6. Otto Stiller, Steuerinspektor, Wurzbach l. U.; 7. Dipl.-Ing. Adolf Reichardt, Dresden-N.; 8. Walter Ormer, Architekt, Leipzig G. 1; 9. Kurt Unger, Schriftleiter und Stadtverordneter, Schnee-

sammenschluß bleibt bestehen und muß zum Erfolg führen. Die Deutsche Volkspartei hat seit Jahren in vorderster Linie ihre Kraft für den äußeren und inneren Wiederaufbau Deutschlands eingesetzt. Unser Streben hat die rheinischen Lande befreit. Damit ist erst die Grundlage gelegt worden zur Aufwärtsentwicklung im Innern. Wir haben seit Jahren die Reformen verlangt, die jetzt in Angriff genommen worden sind. Wir haben zuerst betont, daß die Gesundung nicht durch neue Steuern und Lasten, sondern nur durch Belebung der Wirtschaft und äußerste Sparmaßnahme herbeigeführt werden kann. Wir haben uns jederzeit eingesetzt für den Schutz des Privateigentums, die Erhaltung des Berufsbeamtenstandes und die Sicherung seiner verfassungsmäßigen Rechte, die Stärkung des Mittelstandes und die Rettung der Landwirtschaft. Wir haben uns eingesetzt für die Stärkung der Selbstverwaltung und der Selbstverantwortlichkeit im sozialen Versicherungswesen. Wir haben gekämpft und werden weiter kämpfen für große und umfassende Reformen auf allen Gebieten der Finanzen, der Wirtschaft und der Staatsordnung, die erforderlich sind zur Rettung von Volk und Staat aus Verfall und Arbeitslosigkeit, in die uns die Verantwortlichen der Sozialdemokratie hineingetragen hat.

Unsere nächsten Aufgaben sind: Fortführung der nationalen Befreiungspolitik Stresemanns, Revision der Friedens- und Erbverträge, Kampf gegen die Kriegsschuldfrage, Wiedergewinnung der vollen Gleichberechtigung Deutschlands unter den Völkern der Erde, Wiedervereinigung des Saargebietes mit dem Reich, Vereinigung der Ostpreußen, Schutz der deutschen Minderheiten, Wiederverlangung kolonialer Betätigung, Ausbau der Osthilfe zur Rettung des deutschen Ostens, Erhaltung und Stärkung des Reichsbankens im deutschen Volk; Reichsreform, Verfassungsreform, Parlamentarismus; Schaffung einer überörtlichen und billigen Verwaltung; Wahlreform mit dem Ziele einer härteren Verantwortung der Wähler und Gewählten; Finanzreform mit dem Ziele des Abbaus der Steuern und der Wiederherstellung wirklicher Verantwortlichkeit der Körperschaften für die Deckung der von ihnen bewilligten Ausgaben; Sicherung der sozialen Ertragsformen unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft, Umbau auf herkömmlicher Grundlage, Schutz des deutschen Familienlebens, Verteidigung unserer christlichen Kultur gegen die vordringenden Mächte des Bolschewismus.

Für diese Ziele, die auch die Ziele unserer Jugend sind, wollen wir uns mit ihr gemeinsam einsetzen. Stärker und einflussreicher als bisher soll die Jugend an der politischen Gestaltung der deutschen Zukunft mitarbeiten.

Gegen alle haarsträubenden Kräfte!
Mit Hindenburg für Rettung des Vaterlandes, für deutsche Freiheit und Kultur.

berg/Grasch.; 10. Kurt Dietz, Bundesdirektor des volkswirtschaftlichen Bauverbands, Dresden; 11. Hans Scheerer, Fabrikbesitzer, Gröbbsen bei Leipzig; 12. Kurt Adler, Kaufmann, Stadtverordneter, Riesa.

Unter den übrigen Namen befinden sich noch: Maria v. Hummel, Hausfrau; Dr.-Ing. Joh. Gortwiz, Reichsbahnrat; Reinhold Gause, Straßenbahnbesitzer; Friedrich Schaarfsmidt, Gewerbesoberinspektor und Dr. Kurt Philipp, Rechtsanwalt.

Wieder 8000 Arbeitslose mehr!

11 Berlin. Die Entwicklung der Arbeitsmarktlage im Reich in der ersten Hälfte des August 1930 ist nach einem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung gekennzeichnet durch eine geringe Entlastung der Arbeitslosenversicherung bei wachsender Zahl der Arbeitslosen. Während im letzten Berichtsabschnitt die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Versicherung bereits um rund 28000 zugenommen hatte, hat sie jetzt einen Rückgang um rund 3000 auf 1 494 000 erfahren. Die Arbeitslosenversicherung hat jedoch um rund 17 000 Unterstützungsempfänger auf über 420 000 zugenommen. Beide Einrichtungen zusammen haben eine Belastung von 1 915 000 Unterstützten erreicht. Die Überlagerung gegenüber dem Stand zur gleichen Zeit des Vorjahres beläuft sich auch weiterhin auf mehr als eine Million. Der Rückgang der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung ist vermutlich im ganzen eine Folge der zahlreichen Aussteuerungen von Arbeitslosen, deren Unterstützungsanprüche erschöpft sind. Die Zahl der bei den Arbeitsämtern verfügbaren Arbeitslosen ist gering. Das Anwachsen von rund 2 765 000 am 31. Juli auf rund 2 845 000 am 15. August, also um etwa 80 000, ist ein Zeichen für eine weitere Verschlechterung des Arbeitsmarktes. Feierlichkeiten und Kurzarbeit haben nach den Meldungen der Landesarbeitsämter weiter zugenommen. Auch Stilllegungsanträge liegen wiederum vor, wenn auch in etwas geringerer Zahl als im Juli. Eine sichtbare Auswirkung des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung war in der Berichtszeit noch nicht zu erwarten.

... eine ...